

dem Vormarsch seien dort, so berichtet Xinhua, vielmehr Scheidungen wegen Untreue. Insgesamt sei die Scheidungsrate in Shanghai von 0,027% in den späten 70er Jahren auf 0,486% in 2001 gestiegen. Sie sei damit 2,5-mal höher als der Landesdurchschnitt. Über 40% der Scheidungen seien mit der Untreue des Ehepartners begründet. Shanghai, so sagen Eheberater, sei in Fragen von Sex und Ehe eine konservative Stadt; nur 5% der Bewohner würden Umfragen nach den außerehelichen Sex billigen, 75% seien strikt dagegen. -gs-

Außenwirtschaft

24 China vereinbart Zeitplan für Freihandelszone mit der ASEAN

Beim Wettlauf um eine Freihandelszone mit der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) ist China Mitbewerbern wie Japan und den USA einen Schritt voraus, seit am 4. November 2002 beim 8. ASEAN-Gipfel in Phnom Penh das „Framework Agreement on Comprehensive Economic Co-operation between the Association of South East Asian Nations and the People's Republic of China“ unterzeichnet wurde (Volltext in englischer Sprache auf der Homepage des Sekretariats, <http://www.asean.or.id/13196.htm>). Eine aus der ASEAN und China bestehende Freihandelszone wäre mit einer Bevölkerung von 1,7 Mrd. Menschen die weltweit größte. Erste konkrete Verhandlungen über Zollsenkungen und nichttarifäre Handelshemmnisse beim Güterhandel „sollen Anfang 2003 beginnen und bis zum 30. Juni 2004 abgeschlossen sein, um eine ASEAN-China Freihandelszone zu errichten, die ab 2010 den Güterhandel von Brunei, China, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand, und ab 2015 den der neueren ASEAN-Mitglieder umfasst“ (Art. 8). Für den Dienstleistungshandel wurde lediglich der Beginn von Verhandlungen im kommenden Jahr vereinbart.

Der Verhandlungsprozess ist in verschiedene Ebenen aufgliedert, an-

gefangen mit dem „Early Harvest“-Programm, das in bereits festgelegten Schritten die Abschaffung der Zölle auf die meisten Agrarprodukte mit Ausnahme von Reis und Palmöl vom 1. Januar 2004 bis zum 1. Januar 2006 vorsieht. Für alle anderen Produkte, die unter den „Normal Track“ fallen, muss die Reduzierung von Handelshemmnissen noch vereinbart werden. Die Implementierung des „Normal Track“ beginnt am 1. Januar 2005 und endet für die oben erwähnten ASEAN-6 im Jahr 2010. Andere ASEAN-Mitglieder haben fünf Jahre länger Zeit für die Umsetzung der zu vereinbarenden Maßnahmen. Schließlich gibt es den „Sensitive Track“, der es Staaten ermöglicht, für einzelne Produkte besondere Fristen auszuhandeln. Die Anzahl der Ausnahmen soll dabei begrenzt bleiben.

In einem Beitrag für das *Asian Wall Street Journal* schrieb ASEAN-Generalsekretär Rodolfo Severino, entgegen der allgemeinen Erwartung habe seine Organisation sich trotz der Konkurrenz mit China um Exportmärkte und ausländische Direktinvestitionen nicht für eine defensive Strategie entschieden, sondern die Einbindung und gegenseitige Marktöffnung gewählt. (AWSJ, 6.11.02) Eine Studie des ASEAN-Sekretariats erwartet aufgrund der Freihandelszone mit der Volksrepublik einen Anstieg der Exporte nach China um 48% und eine Zunahme der Einfuhren in die südostasiatische Gemeinschaft um 55%. Es wäre ein Wachstum von niedrigem Niveau aus, denn bislang gehen lediglich 3% der ASEAN-Gesamtexporte nach China und nur 5% der Gesamtimporte stammen aus der Volksrepublik. Im Jahr 2001 hatte der gesamte Handel zwischen China und der ASEAN einen Wert von 41,62 Mrd. US\$. (FT, 5.11.02; XNA, 12.11.02) Der Handel Chinas mit Südostasien ist viel weniger entwickelt als der Chinas mit dem Rest Ostasiens; allein der Handel mit Taiwan erreichte im vergangenen Jahr ein Volumen von 30 Mrd. US\$. Für Südostasien bleiben die Vereinigten Staaten ein wichtigerer Wirtschaftspartner als China. Der Wert des US-ASEAN-Handels betrug fast 120 Mrd. US\$ und die Gemeinschaft liefert 20% ihrer Exporte in die USA. (IHT, 4.11.02)

Bei der Ausgestaltung der geplanten Freihandelszone mit China könnte es größere Schwierigkeiten geben. Auch ein Scheitern ist angesichts erheblicher Bedenken in einigen südostasiatischen Staaten nicht ausgeschlossen. (FT, 5.11.02) Der frühere philippinische Finanzminister Jesus Estanislao hatte im Vorfeld des Gipfels von Phnom Penh gesagt, ein Rahmenabkommen werde wenig mehr sein als ein „agreement to continue to agree“. Ein Steckenbleiben des Prozesses „sobald die wirklichen Verhandlungen beginnen“ hatte der indonesische Ökonom Hadi Soeastro vorhergesagt. Tatsächlich hatte sich die Vorbereitung des Rahmenabkommens bei fünf Treffen eines gemeinsamen „Trade Negotiating Committee“ in diesem Jahr schwierig gestaltet. Uneinigkeit hatte über den Beginn der zehnjährigen Phase zur Errichtung einer Freihandelszone geherrscht, ebenso über die Elemente des „Early Harvest“. China war nicht zu einseitigen Zugeständnissen bereit und beschränkte darüber hinaus das „Early Harvest“-Programm auf den Güterhandel, während die südostasiatischen Staaten vor allem über nichttarifäre Barrieren im chinesischen Markt besorgt sind. Zugeständnisse Chinas im Agrarbereich seien eher eine Geste des guten Willens, denn mit Reis und Palmöl bleiben Güter ausgeschlossen, die für ASEAN-Staaten von großer Bedeutung sind. (FEER, 31.10.02) Nach Schätzungen von Beobachtern betrifft der erste, schnelle Abbauschritt mit der Zollsenkung bei 600 landwirtschaftlichen Produkten ein Handelsvolumen von gerade einmal 860.000 US\$. (FAZ, 5.11.02) China könnte durch die Agrarvorschläge beabsichtigt haben, entgegenkommender zu wirken als Südkorea und Japan, die ebenfalls an einer Freihandelszone mit der ASEAN interessiert sind. Japan vereinbarte auf dem Gipfel in Phnom Penh eine engere Wirtschaftskooperation mit der ASEAN. (HB, 6.11.02) Auch die USA wollen mit der ASEAN und mit einzelnen Mitgliedsstaaten Verhandlungen über bilaterale und regionale Freihandelsabkommen führen, sagte US-Präsident George Bush Ende Oktober. (IHT, 4.11.02)

RIVALITÄTEN BELASTEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SÜDOSTASIENS GEGENÜBER DEM GROSSEN NACHBARN Angesichts der Vielzahl von Gesprächen und Initiativen für Freihandelsabkommen mit der ASEAN stimmt nachdenklich, dass der Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft nur schleppend vorankommt. Am 1. Januar 2003 soll die Asean Free Trade Association (AFTA) in Kraft treten und die Zölle auf 0 bis 5% sinken. Doch bleiben wichtige Güter wie Automobile ausgeklammert. Der scheidende Generalsekretär Severino kritisierte zum Ende seiner fünfjährigen Amtszeit die Schwäche seiner Organisation, die es nicht geschafft habe, die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen anzunehmen. (FAZ, 9.11.02) Der Volkswirt Song Seng Wun von GK Goh Research in Singapur sagte, obwohl es Druck auf die ASEAN gebe, sich stärker zusammenzuschließen, werde die Organisation hinter den Erwartungen zurückbleiben. Althergebrachte Rivalitäten und der Schutz bestimmter nationaler Industrien würden nur schwer zu überwinden sein. (AWSJ, 5.11.02) Hadi Soeastro, der bereits zitierte Volkswirt, hält der AFTA zugute, einen Bewusstseinswandel bewirkt zu haben. Studien zeigten, dass nur ein kleiner Teil des internen Handels von AFTA-Privilegien profitiere und die Region bei weitem nicht vereinheitlicht sei. (AWSJ, 28.10.02)

Wenn die Wirtschaftsintegration stockt, sinkt die Attraktivität Südostasiens für ausländische Direktinvestitionen weiter. „Ausländische Unternehmen produzieren in China anstatt im übrigen Asien“, sagt Nicholas Lardy von der US-Denkfabrik Brookings. Südostasiatische Regierungen sollten ihre Wirtschaftsreformen beschleunigen. (AWSJ, 17.10.02) „China ist ein Elefant. Es kann machen, was es will“, formulierte Fariborz Ghadar von der Penn State University, „aber Elefanten können nicht alles wirklich gut machen.“ Die kleineren Nachbarn müssten Nischen finden, um ihre Vorteile auszuspielen. (AWSJ, 21.10.02)

-bö-

25 MOFTEC-Minister sieht Chance für Wandel von Handelsnation zu Handelsmacht

In mehreren Reden im Vorfeld des XVI. Parteitags hat die Führung des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) die ersten neun Monate der WTO-Mitgliedschaft durchweg positiv bewertet und Prioritäten Chinas für die laufende Welthandelsrunde erkennen lassen. Unter Aufwand beträchtlicher Mittel arbeitet die Volksrepublik an der Ausbildung von Experten, um ihre Interessen in der Welthandelsorganisation zu vertreten.

Handelsminister Shi Guangsheng sagte, China könne den Wandel von einer großen Handelsnation zu einer Handelsmacht schaffen. Der WTO-Beitritt habe sich vorteilhaft auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt, sagte Shi auf dem 4. Plenum des 13. Zentralkomitees, das bereits am 10. Oktober in Beijing stattfand. Eine Version von Shis Rede wurde jedoch erst am 31. Oktober in der *Renmin Ribao* veröffentlicht. (BBC EF, 1.11.02) Während des Parteitags sprach der MOFTEC-Minister von einem glatt verlaufenen Beginn der WTO-Mitgliedschaft. China habe Zölle gesenkt und 2.300 Gesetze und Vorschriften abgeschafft oder angepasst. Dann definierte Shi ein Ziel für die Außenhandelsentwicklung. Bis 2020 solle das Außenhandelsvolumen 2.000 Mrd. US\$ erreichen, was dem Vierfachen des aktuellen Wertes entspricht. Dazu wäre ein jährliches Wachstum der Ein- und Ausfuhren um 7,2% nötig. (XNA, 14.11.02)

Vizeminister Long Yongtu sagte auf einem Expertenforum, der Beitritt sei durch zwei Rekorde gekennzeichnet, da es sich bei China um das größte Entwicklungsland und den größten potenziellen Markt handele. Long betonte, China werde einen Interessenausgleich zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern suchen und in der laufenden Welthandelsrunde gemeinsame Positionen mit Letzteren anstreben. Im Einzelnen werde China sich dem Missbrauch von Anti-Dumping-Maßnahmen sowie unbegründet errichteten technischen Handelsbarrieren widersetzen. Die VRCh

wolle die freie Beweglichkeit von Arbeitskräften fördern. Des Weiteren werde China eine Balance zwischen dem Schutz geistiger Eigentumsrechte und der Förderung von Technologietransfer suchen, sagte Shi. Außerdem werde sein Land die besondern, vorteilhaften Konditionen für Entwicklungsländer, die in den WTO-Vorschriften enthalten seien, effektiv durchsetzen. Insgesamt sei eine für Industrie- und Entwicklungsländer vorteilhafte Situation das Ziel. (FBIS, 17.11.02)

Dass viele WTO-Mitglieder ihre Interessen im Welthandelsregime nur unzureichend vertreten können, liegt nicht zuletzt an mangelnden Verhandlungskapazitäten. China betreibt einigen Aufwand, um eine ausreichende Zahl von Diplomaten, Anwälten und Ökonomen mit den Regeln der Welthandelsorganisation vertraut zu machen, und nutzt dabei die Erfahrung von Handelsexperten wie He Ning. Der 47-Jährige, der sieben Jahre in Genf arbeitete, leitet heute die MOFTEC-Abteilung für WTO-Fragen, die hauptsächlich mit jungen Hochschulabgängern besetzt ist. Seine Mannschaft befinde sich im Prozess des Lernens und hole derzeit Sichtweisen und Anliegen von Unternehmen und Regierungsbehörden ein, um diese gegebenenfalls in der WTO zu vertreten. China möchte wichtige Exportmärkte weiter öffnen, damit auch künftig eine positive Entwicklung der Ausfuhren die Kosten des WTO-Beitritts abmildern hilft. Der Diplomat He sagte, er sei sich nicht sicher, ob dies im nächsten Jahr noch der Fall sein werde. (AWSJ, 22.11.02)

Erstmals seit dem Beitritt hat China im November ein Anti-Dumping-Verfahren angestrengt, dass sich gegen Papierexporte aus den USA, Japan und Südkorea richtet. Vier chinesische Unternehmen hätten das Verfahren angeregt, das Beijing mit einer Flut billiger Papierimporte begründet, gegen die die einheimische Industrie zu schützen sei. Wenn chinesische Importeure künftig aus den genannten drei Ländern Papier einführen, das zum Bedrucken mittels Kupferplatten geeignet ist, müssen sie beim Zoll eine bestimmte Summe hinterlegen. So soll verhindert werden, dass die Ware unterhalb des fairen Marktpreises verkauft wird. (AWSJ, 27.11.02) Ge-

nau dies nachzuweisen ist eine schwierige Aufgabe, für die es eine Vielzahl von Regelungen gibt. Anti-Dumping-Vorschriften gelten als extrem komplex und technisch, ihre Anwendung erfordert den Einsatz von hochqualifizierten Fachanwälten. -bö-

26 China verhängt Schutzzölle auf Stahlimporte

Am 19. November hat die chinesische Regierung so genannte Notzölle auf Stahlprodukte verlängert, die sie im Mai als Reaktion auf US-Stahlzölle erlassen hatte. Dabei beruft sie sich auf den Schutz einheimischer Hersteller vor einem sprunghaften Anstieg der Importe. Internationale Beobachter bezweifelten jedoch, dass die Begründung einem WTO-Verfahren standhalten würde. Unterdessen hat die Volksrepublik in den ersten neun Monaten des Jahres 23 Mio. Tonnen Stahl importiert und damit die USA als größtes Einfuhrland abgelöst.

Die Zölle von bis zu 23% betreffen 9 Kategorien von Stahlprodukten aus Japan, der EU, Russland, Südkorea und Malaysia, die zusammen 61% der chinesischen Einfuhren ausmachen. Patrick Norton von der Anwaltskanzlei O'Melveny & Myers sagte, China habe keine ausreichenden Beweise angeführt, dass die einheimische Industrie geschädigt oder der Markt unter einer kurzfristigen Flut von Importen gelitten habe. Der sprunghafte Anstieg seit April sei vielmehr auf Chinas Ankündigung eines neuen Einfuhrregimes zurückzuführen. Deshalb seien die „Safeguard Measures“ nicht in Einklang mit entsprechenden WTO-Regeln. Japan und Südkorea behielten sich Klagen vor. (AWSJ, 21.11.02)

China verbraucht 25% aller weltweit produzierten Stahlerzeugnisse und stellt selbst 180 Mio. Tonnen jährlich her, so viel wie die USA und Japan zusammen. Weil der Bedarf etwa der Autoindustrie rasch wächst, steigen die Importe. Ausländische Unternehmen wie NKK Corp und Kawasaki Steel aus Japan erwägen, in China Stahl für die Automobilindustrie herzustellen. Thyssen Krupp betreibt in diesem Bereich ein Gemeinschaftsunternehmen mit Anshan Steel & Iron, das im kommenden Sommer

betriebsbereit sein soll. Für die weltweite Stahlindustrie, die durch Überkapazitäten von 20% geplagt wird, ist China ein zunehmend wichtiger Markt. -bö-

27 Möglicher Irak-Krieg könnte Schwächen in Chinas Erdöl-Strategie aufzeigen

Während Journalisten und Akademiker über die Auswirkungen einer möglichen US-Invasion im Irak spekulieren, beschleunigt die Regierung den Aufbau einer strategischen Erdöl-Reserve. Unter Aufwendung von 1,57 Mrd. US\$ soll ein Lagerbestand gekauft werden, der dem Bedarf Chinas für 25 Tage entspricht. Bislang gibt es keine solchen Bestände. „Der Krieg wird uns wenigstens 10 Mio. US\$ pro Tag kosten und die Schwächen unserer Erdöl-Strategie enthüllen“, sagt Hou Ruoshi von der Qinghua-Universität in Beijing. „Wir haben keine strategischen Reserven, und haben unsere Importquellen nicht gut diversifiziert. Die negativen Effekte des Krieges werden auf kurze Frist schwer auszugleichen sein.“

Offenbar gehen viele chinesische Beobachter davon aus, dass die Eskalation des Konflikts zwischen dem Irak und den USA sehr wahrscheinlich ist. „Es wird einen Krieg geben. Es ist nur eine Frage des früher oder später. Die USA suchen nach einer Gelegenheit, um ihn zu beginnen“, sagt etwa Gu Zhenglong, Chefkorrespondent der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua in Bagdad. Auch wenn sich diese Einschätzung als falsch erweisen sollte, wird die Volksrepublik künftig bestrebt sein, den Anteil von Lieferungen aus dem Nahen Osten an den Erdöl-Importen zu verringern. Im vergangenen Jahr importierte China 60,3 Mio. Tonnen Erdöl im Wert von 11,67 Mrd. US\$. Davon stammten 56% aus dem Nahen Osten (siehe Tabelle 1). (SCMP, 14.11.02)

Den Importen steht allerdings eine chinesische Rohölförderung von 165 Mio. Tonnen gegenüber. Damit gehört die Volksrepublik nach Saudi-Arabien, den USA und Russland, die jeweils über 350 Mio. Tonnen produzierten, und Mexiko (177 Mio. Tonnen) zu den fünf größten Produzenten weltweit. (NfA, 14.11.02)

Tabelle 1: Herkunft von Chinas Erdöl-Importen 2001

	Anteil der Gesamtimporte	
Naher Osten	56%	
- Iran		18%
- Saudi-Arabien		14,6%
- Oman		13,5%
- Jemen, Kuwait, Katar Vereinigte Arabische Emirate, Irak		10%
Afrika	22,5%	
Pazifisches Asien	14,4%	
Zentralasien	6,9%	

Quelle: SCMP, 14.11.02.

ERDÖL-EINFUHREN IN DEN ERSTEN ZEHN MONATEN UM FAST 10% GESTIEGEN

In den ersten zehn Monaten 2002 hat China 9,3% mehr Rohöl importiert als im Vorjahreszeitraum, davon etwa 50% aus dem Nahen Osten. Mit 56,9 Mio. Tonnen überwog das Importvolumen bei weitem die Exporte von 4,99 Mio. Tonnen, von denen mit 2,46 Mio. Tonnen etwa die Hälfte nach Japan geliefert wurde. (AWSJ, 20.11.02) Seit die Volksrepublik im Jahre 1993 zu einem Nettoimporteure wurde, ist der einheimische Verbrauch pro Jahr um durchschnittlich 6% gestiegen. (SCMP, 14.11.02)

SHELL UND CNOOC INVESTIEREN 4,3 MRD. US\$ IN PETROCHEMISCHE FABRIK

Vierzehn Jahre nach Beginn der Verhandlungen hat der holländisch-britische Ölkonzern Royal Dutch Shell zusammen mit dem Staatsunternehmen China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) erste Aufträge für die Errichtung einer petrochemischen Fabrik in Südchina ausgeschrieben. Bis Ende des Jahres sollen Verträge im Wert von 1 Mrd. US\$ abgeschlossen sein. Das gesamte Investitionsvolumen für das Projekt in Nanhai, einer Stadt im Süden der Provinz Guangdong, liegt bei 4,3 Mrd. US\$, von denen 50% auf den ausländischen Partner entfallen. Die Shell würde somit zum größten Investor im chinesischen Markt für Petrochemie. In Nanhai sollen Produkte wie die Erdölderivate Äthylen und Propylen hergestellt werden, die

CHINA aktuell

bei der Kunststoffherstellung verwendet werden. Angestrebt wird eine Jahresproduktion von 2,3 Millionen Tonnen und ein Umsatz von 1,7 Mrd. US\$. Chinas Jahresbedarf an Äthylen beträgt 8 Mio. Tonnen, von denen gegenwärtig nur 4,7 Mio. Tonnen im Lande produziert werden. Der gesamte inländische Ausstoß der Petrochemie von 7 Mio. Tonnen deckt nur die Hälfte des inländischen Verbrauchs ab. Einige Beobachter rechnen mit jährlichen Wachstumsraten des Bedarfs von über 10%.

Die Wirtschaftsplaner der Volksrepublik haben darauf geachtet, die verschiedenen genehmigten Joint Ventures in der Petrochemie auf unterschiedliche Regionen zu verteilen. Während das Shell-Projekt vor allem die Fertigungsindustrie in der Provinz Guangdong beliefern soll, hat etwa das Unternehmen British Petroleum (BP) ein Joint Venture mit Investitionen von 2,7 Mrd. US\$ in der Nähe von Shanghai. Shell und BP setzen in ihrer Konzernstrategie stark auf den chinesischen Markt für Flüssiggas und petrochemische Produkte, obwohl nicht klar ist, wie und in welchem Maße es möglich sein wird, Gewinne außer Landes zu bringen. Shell plant jährliche Investitionen von 1 Mrd. US\$ bis 2005, was 8% des gesamten Investitionsbudgets der Firma entspricht. BP hat bereits 4 Mrd. US\$ investiert und hält Anteile im Wert von einer weiteren Milliarde US\$ an den mehrheitlich in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen PetroChina und Sinopec. (FT, 2.11.02) -bö-

28 DIHK erwartet robustes Wachstum für China

Was die Erwartungen zur Wirtschaftsentwicklung betrifft, sind deutsche Unternehmervertreter optimistisch. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag geht davon aus, dass China weiter ein robustes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zeigen werde. Der deutsche Handel mit Ostasien wächst kräftig und China ist dem Handelsvolumen nach Deutschlands wichtigster Partner in der Region. In den ersten drei Quartalen des Jahres legten die deutschen Ausfuhren in die Volksrepublik um 20% zu und erreichten 10,56 Mrd. Euro. Für 2003

sieht der DIHK ein Exportvolumen von 14 Mrd. Euro. Insgesamt lagen die deutschen Ostasien-Exporte mit einem Plus von 3% über dem gesamten Exportwachstum von 0,7%. Die Einfuhren aus China erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5% auf 14,85 Mrd. Euro, wie das Statistische Bundesamt vermeldete. Somit hat sich das bilaterale Handelsdefizit Deutschlands weiter leicht verringert.

Lutz Werner vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie begründete das Ungleichgewicht beim Warenaustausch mit chinesischen Handelsbeschränkungen. „Wir erwarten, dass sich auch China schnell und verstärkt öffnet, damit wir im Handel zu einem Gleichgewicht kommen“, sagte Werner den *Nachrichten für Außenhandel*. Künftig möchte Werner den Mittelstand stärker ins Chinageschäft einbinden, denn bislang würde die Hälfte der deutschen Ausfuhren von einem halben Dutzend Großunternehmen getätigt. Schwerpunkte der Förderstrategie seines Hauses seien die Bereiche Umwelt, Infrastruktur, Energie und Telekommunikation. (NfA, 6.11.02; XNA, 13.10.02; www.oav.de)

VOLKSWAGEN WILL MIT EINSTEIGERMODELL MARKTANTEILE ZURÜCKEROBERN

Während BMW und DaimlerChrysler nach China dringen, hatte Volkswagen Mühe, seine starke Ausgangsposition von 51% Marktanteil (Gesamtjahr 2001) zu verteidigen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2002 ging der Marktanteil von VW nach Angaben des Konkurrenzunternehmens Peugeot Citroen auf 43,1% zurück (siehe Tabelle 2). (FEER, 14.11.02; HB, 13.11.02)

Dennoch blickt der Autobauer mit Optimismus auf die Entwicklung seines Chinageschäfts. Obwohl die Zuwächse unter denen der Konkurrenz lagen, ist China für VW nunmehr der zweitwichtigste Absatzmarkt nach Deutschland, noch vor den USA. Vorstandsmitglied Robert Büchelhofer sagte, das Unternehmen werde in diesem Jahr über eine halbe Million Autos in China verkaufen, 40% mehr als im Vorjahr. Um das Ziel von einer Million verkaufter Autos bis 2007 zu erreichen, plane der Autobauer jährli-

che Neuinvestitionen von 600 Mio. Euro.

Besonders gefragt waren in den ersten neun Monaten des Jahres Kleinwagen mit einem Preis von unter 100.000 Yuan (etwa 12.500 US\$). Ab 2003 will Volkswagen das in Brasilien entwickelte Einsteigermodell Gol am Standort Shanghai bauen lassen, um im dynamischsten Marktsegment mit dem Fiat Palio und dem chinesischen Chery zu konkurrieren. Schon jetzt verdiene VW nirgendwo auf der Welt mehr als in China, sagte Büchelhofer. (*Financial Times Deutschland*, 6.12.02)

Tabelle 2: Anteile ausländischer Anbieter auf dem chinesischen PKW-Markt

	Gesamtjahr 2001 (%)	Jan.-Sep. 2002 (%)
Volkswagen	51,0	43,1
Xiali	9,8	9,0
Buick	8,1	10,4
Citroen	7,4	7,7
Honda	7,1	5,8
Suzuki	6,8	7,9
sonstige	9,8	16,1

Quelle: PSA Peugeot Citroen, zitiert nach FEER, 14.11.02.

SIEMENS SPRICHT VON GUTEN CHANCEN FÜR WEITERE TRANSRAPIDSTRECKE

Siemens ist zuversichtlich, den Auftrag zum Bau einer weiteren Transrapidstrecke in China zu bekommen, sagte Hans Schabert, der designierte Vorstandschef von Siemens Transportation Systems vor Journalisten. Auf der ersten, 32 Kilometer langen Strecke vom Shanghaier Stadtzentrum zum Flughafen in Pudong habe der Transrapid bereits Testgeschwindigkeiten von über 400 Stundenkilometern erreicht. Eine Veranstaltung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji Ende Dezember könne problemlos stattfinden.

Siemens spreche mit der chinesischen Seite bereits über weitere Strecken. Zwei mögliche Anschlussrouten wäre eine 303 Kilometer lange Verbindung von Shanghai nach Nanjing und ei-

ne 242 Kilometer lange Strecke von Shanghai nach Hangzhou. Der Partner fordere niedrigere Kilometerpreise, was angesichts der längeren Strecke für Siemens kein Problem darstelle. Darüber hinaus verlange die chinesische Seite einen höheren lokalen Fertigungsanteil. (FAZ, 22.11.02) -bö-

reformiert werden. Auf zentralstaatlicher, provinzieller und lokaler Ebene sollen State Asset Management Companies eingerichtet werden, die für den Staat die Aufgaben eines Investors wahrnehmen sollten. Außerdem werde der Staat Kontrollmehrheiten an nicht näher spezifizierten „lifeline enterprises“ halten. Die Entwicklung des nichtöffentlichen Sektors sei zu fördern, bei gleichzeitiger Beibehaltung der beherrschenden Rolle des öffentlichen Sektors.

den wurde, sich noch stärker als bisher zu engagieren. (BBC PF, 12.11.02; FEER, 21.11.02; FT, 17.11.02; HB, 13.11.02; NZZ, 8.11.02; ST, 10.11.02; XNA, 9.11.02) -bö-

Binnenwirtschaft

29 Jiang Zemin nennt auf dem XVI. Parteitag langfristige Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung

In seiner Grundsatzrede auf dem XVI. Parteitag hat der offiziell aus dem höchsten Parteiamt scheidende Generalsekretär Jiang Zemin die wirtschaftlichen Erfolge seit 1997 hervorgehoben und die Vervierfachung des Bruttoinlandsprodukts bis 2020 zum Maßstab erklärt. Dies diene dem Ziel der Errichtung einer umfassenden und ausgeglichenen wohlhabenden Gesellschaft. Industrialisierung, Urbanisierung, der Ausgleich zwischen Regionen und zwischen Stadt und Land bleiben Elemente der Entwicklungsstrategie. Es gelte, bis 2020 ein soziales Sicherungssystem zu errichten und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Menschen würden in zwanzig Jahren mehr Familieneigentum haben und ein gedeihlicheres Leben führen.

Ein Abschnitt von Jiangs Rede war der „Wirtschaftlichen Entwicklung und Umstrukturierung“ gewidmet. Er sprach von einem neuen Weg der Industrialisierung durch die Nutzung von Informationstechnologie. Weiter sollten die Infrastrukturentwicklung gestärkt sowie Wissenschaft und Technologie gefördert werden. Risikokapital und die Entwicklung des Humankapitals sollten Innovationen fördern. Ebenso sprach Jiang von der Notwendigkeit, geistige Eigentumsrechte besser zu schützen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Hierzu gehöre die rasche Umsetzung des Projekts, bei dem Wasser aus dem Süden in von Trockenheit betroffene Gebiete des Nordens geleitet werden soll.

Das System der Verwaltung der staatlichen Anteile an der Wirtschaft solle

Der nationalen Verteidigung und dem Militäraufbau galt ebenfalls ein eigener Abschnitt, in dem einmal mehr die zentrale Rolle von Wissenschaft und Technik für die Stärkung der Volksbefreiungsarmee genannt wurde. (BBC PF, 17.11.02; FBIS, 9.11.02) In der Tat scheint China vom vollständigen Import von Rüstungsgütern auf eine zunehmende Teilfertigung und Montage umzustellen, als Zwischenschritt zum Aufbau vollständig eigener Kapazitäten. Dabei stützt sich die Volksrepublik auf die Lieferung von Waffensystemen und Komponenten vor allem aus Russland, aber auch aus Israel. Die konventionellen U-Boote der Song-Klasse sollen mit deutscher Antriebstechnik ausgestattet werden. (*China Brief*, 21.11.02)

Elemente der Selbstkritik in der Rede Jiangs sahen Beobachter im Eingeständnis der hohen Arbeitslosigkeit und der Ungleichentwicklung zwischen Stadt und Land. Auch auf bürokratische Exzesse und Korruption kam der scheidende Generalsekretär zu sprechen. Besonders hervorgehoben wurde in vielen Presseberichten die erwartete Aufwertung privaten Unternehmertums durch die Grundsatzrede. Auf einer Pressekonferenz am Rande des Parteitags präzierte Li Rongrong, der die Kommission für Wirtschaft und Handel des Staatsrats leitet, die Partei werde Privatunternehmen auf eine Ebene mit ausländischen Unternehmen stellen, nicht mit Staatsbetrieben.

Der scheidende Generalsekretär Jiang führte aus, dass alle Arbeit achtenswert sei, die für Volk und Gesellschaft von Nutzen ist. Des Weiteren wurden auch Einkünfte aus Kapitalbesitz von Jiang als legitim bezeichnet, was als Einladung an ausländische und einheimische Investoren verstan-

30 Ausländische institutionelle Investoren dürfen A-Aktien und Staatsaktien erwerben

China hat seine Wertpapiermärkte ein großes Stück weiter geöffnet. Das so genannte Programm für qualifizierte ausländische institutionelle Investoren (Qualified Foreign Institutional Investor Scheme, kurz QFII) trat am 1. Dezember 2002 in Kraft. Es erlaubt den Erwerb von in Shanghai und Shenzhen gehandelten A-Aktien. Dieses Marktsegment war bislang chinesischen Staatsbürgern vorbehalten gewesen, doch nun sollen ausländische Investmentfonds, Versicherungen und Wertpapierbroker dort investieren. Darüber hinaus erhalten diese ausländischen Finanzinstitutionen Zugang zu einem weiteren Marktsegment, den so genannten nicht handelbaren Aktien. Papiere dieses Typs werden vom Staat gehalten (so genannte staatseigene Aktien) oder befinden sich im Besitz von juristischen Personen, zumeist Staatsunternehmen (so genannte C-Aktien). Auf staatseigene und C-Aktien entfallen fast zwei Drittel der gesamten Marktkapitalisierung. Die Öffnung dieses bedeutenden Bereichs zeigt einmal mehr, dass die Segmentierung des chinesischen Aktienmarkts in formal gleichwertige, aber nicht austauschbare Aktientypen unhaltbar ist. Bereits im Februar diesen Jahres hatte die Regierung das ehemals Ausländern vorbehaltene B-Segment des Aktienmarkts für inländische Investoren zugänglich gemacht.

Unter den neuen Vorschriften können ausländische Institutionen eventuell sogar Mehrheitsbeteiligungen an chinesischen Staatsunternehmen erwerben. Bislang hatten ausländische Minderheitsinvestoren kaum Einfluss auf die Unternehmensführung. Ausländische Mehrheitsbeteiligungen könnten den Druck für eine Verbesserung der Unternehmensführung erhöhen und das Niveau der „corporate governance“ heben, wie vielleicht auch die chinesische Regierung hofft. Zumindest würde die erfolgreiche Veräußerung von